

Satzung des Geopark Ries e.V.

(Fassung gemäß Gründungsversammlung vom TT.MM.2017
und Vereinsregistereintragung vom [Datum])

§ 1 Name, Sitz und Bezeichnung

- (1) Der Verein ist ein eingetragener Verein unter der Bezeichnung „**Geopark Ries e.V.**“. Der Verein ist im Vereinsregister des Amtsgerichts Augsburg eingetragen.
- (2) Der Verein hat seinen Sitz in Donauwörth.

§ 2 Rechtsgrundlagen des Vereins; Organe des Vereins

- (1) Rechtsgrundlagen der Tätigkeit des Vereins sind die vorliegende Satzung sowie die Zusatzordnungen zu dieser Satzung, nämlich
 - a) Die Beitragsordnung
 - b) Die Wahlordnung
 - c) Die Geschäftsordnung für den Vorstand
 - d) Die Markenordnung
- (2) Rechtsgrundlagen der Tätigkeit des Vereins sind weiter die auf der Grundlage dieser Satzung und der gesetzlichen Bestimmungen gefassten Beschlüsse der Mitgliederversammlung, soweit diese unmittelbare Rechte und Pflichten der Mitglieder begründen.
- (3) Organe des Vereins sind die Mitgliederversammlung und der Vorstand.

§ 3 Rechtsnatur des Vereins als interkommunale Kooperation

- (1) Der Verein ist nach Maßgabe der Regelungen über die Mitgliedschaft in § 7 Abs. 1 dieser Satzung eine Vereinigung der Mitglieder im Sinne der EU-Verordnung 2014/24 über öffentliche Auftragsvergabe vom 17.04.2014 und § 108 GWB.
- (2) Die vorliegende Satzung begründet eine Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern des Vereins mit dem Ziel, sicherzustellen, dass die von den Mitgliedern zu erbringenden Tätigkeiten in Erfüllung öffentlicher Aufgaben zur Erreichung gemeinsamer Ziele nach Maßgabe des Vereinszwecks ausgeführt werden.

- (3) Der Verein ist von seinen Mitgliedern mit der Verabschiedung dieser Satzung nach näherer Maßgabe der Bestimmungen in § 5 und § 6 dieser Satzung durch Beschluss vom [Datum] befristet mit der Erbringung von öffentlichen Dienstleistungen im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse (DAWI-Leistungen) ausschließlich entsprechend dem Vereinszweck gemäß § 5 dieser Satzung betraut worden.

§ 4 **Vereinsgebiet; Projektbezogene Kooperationen; Mitgliedschaften**

- (1) Vereinsgebiet ist der öffentlich-rechtliche Zuständigkeitsbereich all derjenigen Landkreise und Kommunen, die sich jedenfalls teilweise innerhalb der geografischen Grenzen des Nationalen Geoparks Ries befinden und die Mitglieder des Vereins sind.
- (2) Die Mitgliederversammlung kann eine Erweiterung des Vereinsgebietes auf Kommunen und Landkreise außerhalb des in Abs. (1) bezeichneten Vereinsgebiets beschließen, soweit die Voraussetzungen für eine interkommunale Kooperation entsprechend § 3 dieser Satzung gegeben sind.
- (3) Der Verein kann nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen ohne Erweiterung des Vereinsgebiets nach Abs. 2 durch öffentlich-rechtlichen Vertrag oder zivilrechtlichen Vertrag befristete und unbefristete Kooperationen insbesondere im Rahmen von Förderprojekten, mit öffentlich-rechtlichen Trägern und juristischen Personen des privaten Rechts außerhalb des Vereinsgebiets, auch im Ausland, eingehen.
- (4) Der Verein kann Mitgliedschaften in Vereinen, Verbänden und Institutionen eingehen, soweit die Mitgliedschaft seinem satzungsgemäßen Zweck und den Bestimmungen über die Rechtsnatur des Vereins und den Vereinszweck nach § 3 und § 5 dieser Satzung entspricht.

§ 5 **Zweck des Vereins**

- (1) Die Tätigkeit des Vereins ist nicht auf Gewinn ausgerichtet. Der Verein ist nicht gewerblich tätig und tätigt keine Handelsgeschäfte.
- (2) Zweck des Vereins ist die Förderung des Geoparks Ries als geologische Stätte und Landschaft von internationaler geowissenschaftlicher Bedeutung in wissenschaftlicher, kultureller und touristischer Hinsicht und die Förderung aller dieser Zielsetzung entsprechenden Maßnahmen und Projekte.
- (3) Grundlagen für den Vereinszweck und die Aufgaben des Vereins sind maßgeblich die Richtlinien für Nationale Geoparks des Bund-Länder-Ausschusses Bodenforschung (BLAGEO) sowie die Nationalen und Internationalen UNESCO-Kriterien in der jeweils gültigen Fassung. Ebenso orientiert sich der Verein am Leitbild des Landkreises Donau-Ries in seiner jeweils aktuellen Version.
- (4) Der Verein versteht sich als großes Netzwerk und beachtet daher bei seiner Tätigkeit und der Erfüllung seiner Aufgaben die Möglichkeiten der Partizipation und der Vernetzung.

- (5) Der Verein berät seine Mitglieder nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere auch gem. § 8 Abs. 1 Ziffer 2 Rechtsdienstleistungsgesetz, in allen, den Geopark betreffenden Angelegenheiten und wirkt bei der auf den Vereinszweck bezogenen Aus- und Fortbildung des Personals seiner Mitglieder mit.
- (6) Der Verein fördert in seinem Tätigkeitsgebiet einen naturverbundenen Inlandstourismus in allen Bereichen der Ferien-, Kur – und Naherholung.
- (7) Der Verein strebt die Anerkennung als UNESCO Global Geopark an. Sobald und soweit eine entsprechende Anerkennung erfolgt, gehören zum Vereinszweck alle Maßnahmen zur Sicherstellung und Aufrechterhaltung der Voraussetzungen und Bedingungen der Anerkennung sowie deren Verlängerung und die Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen der UNESCO und anderen EU-Behörden sowie mit Vereinigungen und Gremien anderer UNESCO-Geoparks.
- (8) Der Verein strebt weiter die Aufrechterhaltung der bestehenden Zertifizierung als Nationaler Geopark in Deutschland an.
- (9) Zu den Aufgaben des Vereins gehören insbesondere:
 - die Förderung der nachhaltigen Regionalentwicklung;
 - der Erhalt und die In-Wert-Setzung des geologischen Erbes;
 - die Erschließung der Landschaft für das Erleben;
 - die Beförderung der Wissenschaft und Bildung;
 - die Zusammenarbeit mit Universitäten und Schulen;
 - die Beteiligung an den internationalen und nationalen Geopark-Netzwerken;
 - die Zusammenarbeit mit Gebietskörperschaften, Behörden und Institutionen beim Aufbau, der Erhaltung und der Profilierung der Infrastruktur im Vereinsgebiet;
 - die Gewährleistung der kontinuierlichen und fachlichen Information seiner Mitglieder sowie die Wahrnehmung aller Möglichkeiten einer überregionalen Zusammenarbeit im Sinne der Förderung des Vereinszwecks;
 - die Organisation eines kooperativen Innen- und Außenmarketings, einschließlich allgemeiner Werbemaßnahmen und Öffentlichkeitsarbeit im und für das Vereinsgebiet;
 - die Mitwirkung bei der Regionalentwicklung in den Bereichen Umwelt-, Natur- und Geotopschutz sowie bei der Förderung eines Informations- und Wegeleitsystems innerhalb der Region.
- (10) Die Mitgliederversammlung wird die Bestimmungen über den Vereinszweck und seine Aufgaben regelmäßig, insbesondere im Hinblick auf die Vorgabe der Wahrnehmung öffentlicher Interessen nach § 3 der Satzung überprüfen und mindestens alle 4 Jahre durch entsprechenden Beschluss bestätigen.
- (11) Änderungen oder Erweiterungen der Zwecke und Aufgaben des Vereins bedürfen eines nach Maßgabe der Bestimmungen in § 10 Abs. (10) dieser Satzung über Satzungsänderungen zu fassenden Beschlusses der Mitgliederversammlung.

§ 6 Tätigkeitsformen

- (1) Der Verein verfolgt seine Zwecke und Aufgaben insbesondere durch folgende Tätigkeitsformen:
 - a) die Förderung, Unterstützung und Koordination lokaler, regionaler und grenzüberschreitender dem Vereinszweck entsprechender Projekte;
 - b) die Herausgabe von Printmedien zur einheitlichen Bekanntmachung und Bewerbung der Angebote des Geoparks;
 - c) die Schulung und Fortbildung von Mitarbeitern der Mitglieder und von Leistungsträgern, insbesondere durch die Veranstaltung von Seminaren, Workshops und Vorträgen;
 - d) die Einholung von Gutachten zu Rechts- und Steuerfragen sowie zu Fragen von Marketing und Technik mit Bezug zu den Vereinszwecken.
- (2) Für die Änderungen und Erweiterungen dieser Tätigkeitsformen gelten die Bestimmungen in § 5 Abs. 10 und 11 dieser Satzung entsprechend.

§ 7 Mitglieder

- (1) Der Verein hat ausschließlich ordentliche Mitglieder. Fördernde oder beratende Mitglieder sind nicht vorgesehen. Die Einführung eines Mitgliedsstatus für fördernde und/oder beratende Mitglieder bedarf eines Beschlusses der Mitgliederversammlung mit den in dieser Satzung für Satzungsänderungen vorgesehenen Mehrheiten.
- (2) Mitglieder des Vereins können ausschließlich Kommunen und Landkreise sein, deren öffentlich-rechtlicher Zuständigkeitsbereich sich jedenfalls teilweise innerhalb des Vereinsgebiets nach § 4 befindet.
- (3) Über die Aufnahme von Mitgliedern entscheidet auf schriftlichen Antrag der Vorstand mit einfacher Mehrheit.
- (4) Die Mitgliedschaft beginnt mit dem auf den Aufnahmebeschluss des Vorstands folgenden Monatsersten, unabhängig vom Zeitpunkt der Bekanntgabe des Aufnahmebeschlusses an das neue Mitglied.
- (5) Die Mitgliedschaft endet, unbeschadet der Bestimmungen über den Ausschluss von Mitgliedern aus dem Verein in § 8, durch Kündigung. Eine Kündigung der Mitgliedschaft eines Mitglieds ist nur mit einer Kündigungsfrist von 3 Monaten zum Ende des Geschäftsjahrs des Vereins zulässig. Die Kündigung hat schriftlich unter Ausschluss der elektronischen Textform zu erfolgen.

§ 8

Ausschluss von Mitgliedern

- (1) Die Mitgliederversammlung kann durch Beschluss, der mit 2/3 der Mehrheit der Mitgliederstimmen nach Maßgabe der Bestimmungen in dieser Satzung über die Stimmrechtsverhältnisse gefasst werden muss, den Ausschluss eines Mitglieds beschließen.
- (2) Der Ausschluss ist nur zulässig, wenn das Mitglied den Interessen des Vereins zuwiderhandelt oder seine Pflichten als Mitglied in schwerwiegender Weise verletzt.
- (3) Der Ausschluss setzt eine Abmahnung des Mitglieds voraus, welche durch den Vorstand vorgenommen werden kann, es sei denn, die Zuwiderhandlung gegen die Interessen des Vereins oder die Verletzung von Pflichten als Mitglied sind objektiv so schwerwiegend, dass ein sofortiger Ausschluss ohne vorherige Abmahnung gerechtfertigt ist.
- (4) Liegen die Voraussetzungen für einen Ausschluss nach Abs. 2 und Abs. 3 vor, so kann der Vorstand des Vereins durch einstimmig zu fassenden Beschluss anordnen, dass die Rechte des Mitglieds bis zu einer Beschlussfassung der Mitgliederversammlung nach Abs. 1 ruhen.
- (5) Im Falle des rechtskräftigen Ausschlusses eines Mitglieds berührt dies die Beitragsverpflichtung des Mitglieds bis zum Ablauf des Zeitpunkts, zu dem eine Kündigung durch das Mitglied, gerechnet ab dem Beschluss der Mitgliederversammlung über den Ausschluss, möglich gewesen wäre, nicht. Für diesen Zeitraum geleistete Beiträge sind nicht zurückzubezahlen.
- (6) Das betroffene Mitglied hat bei der Beschlussfassung der Mitgliederversammlung über seinen Ausschluss kein Stimmrecht.
- (7) Ein Mitglied kann durch Beschluss des Vorstandes ausgeschlossen werden, wenn es mit Beiträgen für 2 aufeinanderfolgende Fälligkeitstermine, mit einem Jahresbeitrag länger als 3 Monate im Verzug ist und trotz Mahnung mit Fristsetzung zur Zahlung von mindestens einem Monat unter Androhung des Ausschlusses für den Fall der Nichtzahlung keine Zahlung leistet. Gegen einen solchen Ausschluss kann das betroffene Mitglied die Mitgliederversammlung anrufen, welches über den Ausschluss mit einfacher Mehrheit der Mitgliederversammlung entscheidet; Abs. (6) gilt entsprechend. Der Ausschluss berührt die Verpflichtung des Mitglieds zur Bezahlung von Beiträgen und Umlagen bis zu dem Zeitpunkt, zu dem ab Bekanntgabe des Ausschlusses eine Kündigung durch das Mitglied zulässig gewesen wäre, nicht.

§ 9

Rechte und Pflichten der Mitglieder

- (1) Die Mitglieder sind berechtigt, die Leistungen und Einrichtungen des Vereins und dessen Beratung nach Maßgabe der Bestimmungen dieser Satzung und der Beschlüsse der Mitgliederversammlung in Anspruch zu nehmen.
- (2) Die Mitglieder sind verpflichtet, die Zwecke des Vereins aktiv zu unterstützen und ihm die zur Verwaltung ihrer Mitgliedschaft erforderlichen Informationen und Unterlagen, insbesondere auch zur Festsetzung von Beiträgen und Umlagen zur Ermittlung der Stimmrechtsverhältnisse, zur Verfügung zu stellen.
- (3) Die Mitglieder sind verpflichtet, nach Maßgabe der Regelungen in § 16 der Satzung, der Beitragsordnung und der Beschlüsse der Mitgliederversammlung Beiträge zu bezahlen.

§ 10

Mitgliederversammlung; Stimmrechte

- (1) Die Mitgliederversammlung wird gebildet aus den Vertretern der Mitglieder nach Maßgabe der Vertretungsregelungen in § 10 Abs. (3) dieser Satzung.
- (2) Für die Stimmrechte der Mitglieder gilt:
 - a) Das Stimmrecht bemisst sich nach den regelmäßigen Vereinsbeiträgen der Mitglieder entsprechend der jeweils gültigen Beitragsordnung.

- b) Die Feststellung der maßgeblichen Stimmenzahl und der hieraus abzuleitenden Stimmrechte regelt die Wahlordnung als Zusatzordnung zu dieser Satzung.
 - c) Nach Maßgabe der Regelung in lit. a) und b) gewähren je angefangene € 500,- Beitrag eine Stimme.
 - d) Die Stimmen eines Mitglieds können nur einheitlich abgegeben werden. Eine Stimmrechtsübertragung ist ausgeschlossen.
- (3) Das Stimmrecht der Mitglieder wird ausgeübt durch die gesetzlichen Vertreter der Mitglieder (Landrat oder Bürgermeister) bzw. deren Stellvertreter. Soweit Mitglieder in der Mitgliederversammlung nicht durch deren gesetzliche Vertreter oder deren Stellvertreter repräsentiert werden, kann das Stimmrecht nur durch hierzu vom Mitglied im Einzelfall, d.h. für eine bestimmte Mitgliederversammlung und nicht generell, durch schriftliche Erklärung (unter Ausschluss der Erteilung per E-Mail) zu erteilende Vollmacht ausgeübt werden.
- (4) Der Mitgliederversammlung obliegt die Beschlussfassung über alle Angelegenheiten, die nicht durch Gesetz oder diese Satzung anderen Organen zugewiesen sind, insbesondere
- a) die Wahl des Vorstands;
 - b) notwendige Ersatzwahlen zum Vorstand;
 - c) die Wahl der Rechnungsprüfer;
 - d) die Entlastung des Vorstands und der Rechnungsprüfer;
 - e) die Beratung und Beschlussfassung über den Haushaltsplan;
 - f) die Einrichtung und Besetzung von Ausschüssen mit der Maßgabe, dass die Mitgliederversammlung die Besetzung von Ausschüssen durch Beschlussfassung mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder auf den Vorstand delegieren kann;
 - g) die Beschlussfassung über die Mitgliedsbeiträge;
 - h) den Ausschluss von Mitgliedern nach den Bestimmungen dieser Satzung und über das Ruhen von Mitgliedsrechten;
 - i) die Beratung und Beschlussfassung über die Aufstellung und Änderung von Zusatzordnungen, insbesondere einer Wahlordnung, einer Markenordnung und der Beitragsordnung;
 - j) die Auflösung des Vereins sowie die Änderung dieser Satzung;
 - k) die Beschlussfassung über den Sitz des Vereins.
- (5) Die Mitgliederversammlung wird vom Vorstand nach Bedarf einberufen. Mindestens einmal jährlich ist eine Mitgliederversammlung des Vereins abzuhalten. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung ist einzuberufen, wenn dies in einem schriftlichen Antrag an den Vorstand von Mitgliedern gefordert wird, die mindestens 1/3 der Stimmen der stimmberechtigten Mitglieder des Vereins repräsentieren.
- (6) Die Einladung zur Mitgliederversammlung erfolgt durch den Vorstand. Sie hat schriftlich unter Ausschluss der elektronischen Textform und unter Bekanntgabe der Tagesordnung mit einer Frist von 14 Tagen vor dem Termin der Mitgliederversammlung zu erfolgen. Mitgliederversammlungen, welche eine Änderung dieser Satzung oder eine Auflösung des Vereins zum Gegenstand der Beratung oder Beschlussfassung haben, müssen mit einer Einladungsfrist von 4 Wochen erfolgen. Den Mitgliedern sind bis spätestens eine Woche vor der Mitgliederversammlung die zu Beratung und Beschlussfassung erforderlichen Unterlagen, insbesondere Beschlussanträge und Anträge zur Tagesordnung zu übermitteln.
- (7) Die Mitgliederversammlung wird durch den 1. Vorsitzenden oder in dessen Abwesenheit von einem stellvertretenden Vorsitzenden, geleitet. Mit einem durch einfache Mehrheit der Mitglieder zu fassenden Beschluss kann die Versammlungsleitung zu einzelnen Tagesordnungspunkten einer qualifizierten Person (insbesondere Anwalt, Notar oder Steuerberater) übertragen werden.
- (8) Über die Mitgliederversammlung ist ein Protokoll anzufertigen, welches die Beratungen ihrem wesentlichen Inhalt nach wiedergibt. Anträge zur Tagesordnung und Beschlüsse sowie die Zahl der stimmberechtigten Mitglieder sind im Protokoll anzuführen.

berechtigten Mitglieder, die an Abstimmungen mitgewirkt haben und das Abstimmungsergebnis nach Ja-Stimmen, Nein-Stimmen, Enthaltungen und ungültige Stimmen sind für jeden Gegenstand der Abstimmung zu protokollieren. Das Protokoll ist durch den Protokollführer, den Versammlungsleiter und den Vereinsvorsitzenden zu unterzeichnen.

- (9) Die Mitgliederversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens 1/3 der im Verein vertretenen Stimmen vertreten ist. Sie beschließt, soweit durch das Gesetz oder diese Satzung nichts anderes bestimmt ist mit einfacher Mehrheit der in der Mitgliederversammlung vertretenen Stimmen der Mitglieder. Bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.
- (10) Änderungen dieser Satzung, eine Änderung der Rechtsform sowie ein Beschluss über die Vereinsauflösung bedürfen einer Mehrheit von $\frac{3}{4}$ der in der Mitgliederversammlung vertretenen Stimmen.

§ II

Geschäftsjahr

Geschäftsjahr des Vereins ist das Kalenderjahr.

§ 12 Vorstand

- (1) Der Vorstand des Vereins besteht aus
 - a) dem/der 1. Vorsitzenden,
 - b) zwei gleichberechtigten stellvertretenden Vorsitzenden,
 - c) sieben weiteren Vorstandsmitgliedern (Beisitzer) und
 - d) dem Geschäftsführer.
- (2) Die Mitglieder des Vorstandes üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus, ausgenommen der Geschäftsführer. Die Mitgliederversammlung kann unter Berücksichtigung dienstrechtlicher, arbeitsrechtlicher und steuerlicher Bestimmungen beschließen, dass den Vorstandsmitgliedern für die Teilnahme an Vorstandssitzungen oder sonstigen Terminen in Wahrnehmung ihrer Aufgaben Reise- und Übernachtungskosten ohne eine Vergütung oder einen Aufwendungsersatz für die Tätigkeit selbst erstattet werden.
- (3) Zum/zur 1. Vorsitzenden, zu stellvertretenden Vorsitzenden und zu weiteren Vorstandsmitgliedern nach Abs. 1 lit. c) können nur Bürgermeister oder Landräte aus dem Kreis der Mitglieder gewählt werden.
- (4) Der 1. Vorsitzende und die beiden stellvertretenden Vorsitzenden bilden den Gesamtvorstand im Sinne von § 26 Abs. 2 BGB. Soweit durch Gesetz und diese Satzung nichts anderes bestimmt ist, sind sie jeweils einzelvertretungsberechtigt.
- (5) Die Wahl des Vorstandes erfolgt nach Maßgabe der zu dieser Satzung beschlossenen Wahlordnung als Zusatzordnung zu dieser Satzung.
- (6) Die Amtsperiode des Vorstands beträgt 3 Jahre. Scheidet ein Mitglied des Vorstands vor Ablauf der Amtsperiode durch Rücktritt, beim 1. Vorsitzenden oder den stellvertretenden Vorsitzenden durch Beendigung der Amtstätigkeit als Bürgermeister oder Landrat oder aus anderen Gründen aus, so hat in der nächsten Mitgliederversammlung eine Nachwahl zu erfolgen. Im Falle eines Ausscheidens eines Beisitzers kann der Vorstand den Vertreter eines Mitglieds bis zur nächsten Wahl zum Vorstand als Ersatzmitglied bestimmen. Die Ersatzbestimmung hat nach Maßgabe der Grundsätze der Wählbarkeit nach dieser Satzung sowie den Besetzungen von Beisitzerpositionen zu erfolgen.
- (7) Der Vorstand gibt sich eine Geschäftsordnung, die mit einfacher Mehrheit der Stimmen der Vorstandsmitglieder zu beschließen ist. In dieser Geschäftsordnung können die Aufgaben zwischen dem 1. Vorsitzenden, den stellvertretenden Vorsitzenden und den Beisitzern weiter aufgeteilt werden. Beisitzern können bestimmte Sonderaufgaben übertragen werden.
- (8) Der Vorstand kann zu seinen Sitzungen Mitglieder, Sachverständige und Berater hinzuziehen. Diese Personen haben kein Stimmrecht. Sie können durch mit einfacher Mehrheit der in der Vorstandssitzung anwesenden Vorstandsmitglieder zu fassenden Beschluss von der Beratung und Beschlussfassung über einzelne Tagesordnungspunkte ausgeschlossen werden.

- (9) Der Vorstand hat die Beschlüsse der Mitgliederversammlung vorzubereiten und zu vollziehen. Zu seinen Aufgaben gehören ferner:
- a) die Aufstellung des Haushaltsplanes;
 - b) die Erstellung/Vorlage der Jahresrechnung;
 - c) die Bestimmung der Schwerpunkte der Vereinsarbeit und Koordinierung der Arbeit mit anderen, an der Förderung des Vereinszwecks beteiligten Organisationen;
 - d) die Beschlussfassung über sonstige wichtige Geschäfte, soweit diese nicht durch Gesetz oder Satzung ausdrücklich der Entscheidung durch die Mitgliederversammlung vorbehalten ist.

§ 13

Kassengeschäfte; Kassenprüfung

- (1) Die Kassengeschäfte werden von der Geschäftsstelle abgewickelt. Der/die Geschäftsführer/in legt der Mitgliederversammlung jährlich einen Kassenbericht vor.
- (2) Die Mitgliederversammlung wählt aus ihrer Mitte zwei Kassenprüfer für die Dauer von 3 Jahren. Die Tätigkeit als Kassenprüfer endet mit dem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst des Kassenprüfers beim jeweiligen Mitglied.
- (3) Die Kassenprüfung findet jährlich nach Abschluss des Geschäftsjahres in den Räumen der Geschäftsstelle statt. Über das Prüfungsergebnis ist der Mitgliederversammlung zu berichten.

§ 14

Ausschüsse und Fachbeiräte

- (1) Der Verein kann durch Beschluss der Mitgliederversammlung Ausschüsse und Fachbeiräte einrichten.
- (2) Die Mitglieder der Ausschüsse werden vom Vorstand mit einem durch Mehrheit der Stimmen aller Vorstandsmitglieder zu fassenden Beschluss bestellt. Entsprechendes gilt für die Bestimmung der Zahl der Ausschussmitglieder.
- (3) Zu Mitgliedern der Ausschüsse sollen ausschließlich Personen bestellt werden, welche die für die Tätigkeit im Ausschuss notwendige Fachkenntnis besitzen.
- (4) Die Mitglieder der Ausschüsse werden ehrenamtlich tätig. Für die Erstattung von Reisekosten gelten die Bestimmungen für die Tätigkeit von Vorstandsmitgliedern entsprechend.
- (5) Die Sitzungen der Ausschüsse und Fachbeiräte werden vom 1. Vorsitzenden des Vereins oder vom Geschäftsführer geleitet.
- (6) Mitglieder des Vorstandes und jetzige Geschäftsführer haben jederzeit das Recht, an den Sitzungen der Ausschüsse teilzunehmen.

- (7) Für die Protokollierung der Ausschusssitzungen gelten die Bestimmungen über die Protokollierung von Mitgliederversammlung in dieser Satzung entsprechend.
- (8) Die Ausschüsse haben lediglich beratende Funktion. Die Mitgliederversammlung kann jedoch durch Beschluss den Ausschüssen die Durchführung von Marketing- und Werbemaßnahmen nach Maßgabe des beschlossenen Haushaltsplanes und in Zusammenarbeit mit dem Geschäftsführer übertragen.

§ 15

Geschäftsstelle und Geschäftsführer; Mitarbeiter der Geschäftsstelle

- (1) Der Verein unterhält eine Geschäftsstelle. Sitz des Vereins und Sitz der Geschäftsstelle müssen nicht am selben Ort sein.
- (2) Der Vorstand kann eine Geschäftsordnung für den Geschäftsführer erlassen.
- (3) Der/die hauptamtliche Geschäftsführer/in wird vom Landkreis Donau-Ries bestimmt. Ist die Geschäftsführertätigkeit mit einem kommunalen oder sonstigen öffentlichen Amt verbunden, so endet die Tätigkeit als Geschäftsführer mit der Beendigung des entsprechenden Amts.
- (4) Der Landkreis Donau-Ries regelt im Rahmen der dienstlichen Bestellung als Beamter bzw. im Rahmen des Anstellungsverhältnisses als Angestellter im öffentlichen Dienst die Modalitäten der Tätigkeit des Geschäftsführers nach Maßgabe der Bestimmungen dieser Satzung über seine Aufgaben, Befugnisse und Tätigkeiten.
- (5) Für die Einrichtung und den Betrieb der Geschäftsstelle des Vereins gelten die Bestimmungen in Abs. 4 entsprechend.
- (6) Für die Auswahl der Mitarbeiter der Geschäftsstelle und die Regelung von deren Tätigkeit gelten die Bestimmungen in Abs. 3 und Abs. 4 entsprechend.

§ 16

Mittelaufbringung; Haushaltsplan; Rechnungslegung

- (1) Jedes Mitglied hat einen Mitgliedsbeitrag zu entrichten. Die Höhe und die Fälligkeit bestimmen sich nach der Beitragsordnung des Vereins als Zusatzordnung zu dieser Satzung.
- (2) Der Vorstand hat durch die Geschäftsführung einen Haushaltsplan aufstellen zu lassen. Über diesen Haushaltsplan hat die Mitgliederversammlung zu beschließen. Er bildet die Grundlage der Rechnungslegung und der Rechnungsprüfung.

§ 17

Auflösung des Vereins

- (1) Die Auflösung des Vereins kann nur in einer zu diesem Zweck besonders einberufenen Mitgliederversammlung mit 2/3 der Stimmen aller Vereinsmitglieder beschlossen werden.
- (2) Die Einladung zu einer entsprechenden Mitgliederversammlung muss den Mitgliedern bis spätestens 4 Wochen vor dem Termin in Schriftform unter Ausschluss der elektronischen Textform zugegangen sein.
- (3) Im Falle einer solchen Versammlung kann ausschließlich die Beratung und Abstimmung über die Auflösung des Vereins Gegenstand der Tagesordnung sein.
- (4) Im Falle der Auflösung des Vereins sind die Verbindlichkeiten und Forderungen des Vereins zu bereinigen, insbesondere auch, soweit Zuwendungen der Landkreise und Kommunen entsprechend der gesetzlichen Bestimmungen bzw. den Zuwendungsbestimmungen zurückzubezahlen sind. Fehlbeträge sind von den Mitgliedern entsprechend der Berechnungen ihres Beitrages zu begleichen. Ein etwa verbleibendes Guthaben ist an die Mitglieder, ebenfalls im Verhältnis ihrer Beitragsleistungen, auszubezahlen.

§ 18

Inkrafttreten der Satzung

Die vorstehende Satzung wurde in der Gründungsversammlung des Vereins am (Datum) beschlossen. Sie tritt mit Eintrag im Vereinsregister beim Amtsgericht Augsburg in Kraft.